

# Version und die Kriminalistik in der DDR

20.4.2008

Die durch aktuelle Forschungsergebnisse bedingten  
**Ergänzungen sind in Rotschrift eingefügt, zuletzt Seite 18**

**Eine Antwort** auf die Repliken in der Kriminalistik 2008 von *Ralph Berthel* (Seite 183) und *Thomas Gundlach* (Seite 187) sowie auf die Leserbriefe von *Rolf Ackermann* (Seite 255) und *Armin Forker* (Seite 292) zu meinem Aufsatz (Seite 28).

Diese Antwort wollte der damalige Chefredakteur der Zeitschrift *Kriminalistik* in Heft 5/2008 veröffentlichen (E-Mail vom 14.4.2008). **Horst Clages hat das mit falschen Behauptungen verhindert.**

Es ist erfreulich, dass die **Diskussion in Gang gekommen** ist. Doch die bisher vorgebrachten Argumente für die Versionsbildung konnten nicht überzeugen. Leider geht niemand der oben genannten Autoren auf die Originalliteratur ein. Der erneute Meinungswechsel über den Verzicht auf Version ändert auch nicht die Quellen in der DDR-Literatur, sondern zeigt nur, wie unsicher Versprechen sein können.

Die aktuell veröffentlichten Forschungsergebnisse von *Borries* und *Fischer*<sup>1</sup> zeigen, dass die **Versionsbildung vom Staatssicherheitsdienst** auch dazu benutzt wurde, um die systematische Überwachung mit der „Operativen Personenkontrolle“ (OPK) zu rechtfertigen und Sanktionen gegen die Bürger zu verhängen. Das waren nicht nur Strafverfahren, sondern viel häufiger direkte Einschnitte in das alltägliche Privatleben, wie Schulverbote, Studienverbote, Berufsverbote, Organisationsverbote oder Ausschluss aus diesen, Urlaubsverbote, Reiseverbote in die sozialistischen Bruderstaaten sowie schwerste Menschenrechtsverletzungen<sup>2</sup> bis zu den vielen kleinen Gemeinheiten<sup>3</sup>. Die Forschungsergebnisse von *Borries* und *Fischer* zeigen auch die Zusammenarbeit von Kriminalpolizei<sup>4</sup>, Volkspolizei<sup>5</sup> und Stasi<sup>6</sup> auf der „Arbeitsebene“ und beim Anwerben von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM). Der **Fernsehsender 3Sat** hat am 7.7.2008 diese Forschungsergebnisse vorgestellt.

Diese Zusammenarbeit zwischen Stasi und Kripo in der Alltagskriminalität, auch bei sogenannten „normalen“ Straftätern<sup>7</sup>, den Dieben, Betrügern, Mördern, pp., konnte von wenigen, aber einflussreichen Kriminalisten hartnäckig bestritten werden, weil zwischen Wende und Wiedervereinigung die Polizeiarchive gesäubert worden waren. Doch die nach und nach auftauchenden Dienstvorschriften des DDR-Innenministeriums sind mehr als eindeutig und bestätigen die bisherige Forschung.

---

<sup>1</sup> *Borries/Fischer*, Sozialistische Cowboys, Frankfurt/M 2008, Seiten 127 ff, 129 und 133, Kopie mit drei Versionen

<sup>2</sup> *Marquardt*, Menschenrechtsverletzungen durch die Deutsche Volkspolizei, in: Deutscher Bundestag, Hg., Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band IV, Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat, Baden-Baden 1995, Seite 655-760

<sup>3</sup> *Preuß*, FAZ vom 11.8.2008, Seite 35

<sup>4</sup> *Borries/Fischer*, a.a.O., Seite 129

<sup>5</sup> *Borries/Fischer*, a.a.O., Seite 136

<sup>6</sup> *Marquardt*, a.a.O., (Stasi und Kripo als Sicherheitspartnerschaft), Seite 656, 661 und 693, m.w.N.

<sup>7</sup> *Brunkal / Hahn / Krause*, Die Vernehmung von Beschuldigten, Methodischer Leitfaden, Nr. 36/1, (Nur für den Dienstgebrauch), DDR-Ministerium des Innern, Berlin 1983, Seite 35

Die tägliche Zusammenarbeit von Stasi und Kripo wurde auch im **Strafvollzug** praktiziert. *Dölling's* im März 2009 erschienene Arbeit<sup>8</sup> zeigt auf, dass die politischen und die „normalen“ Gefangenen gemeinsam untergebracht wurden. Misshandlungen gehörten zur Normalität.<sup>9</sup> Die „normalen“ Gefangenen hatten Weisungsbefugnisse gegenüber den politischen.<sup>10</sup> Das galt auch für die Frauengefängnisse.<sup>11</sup> *Dölling* zeigt auch, dass das gesamte Strafrecht „politische interpretiert“ und somit alle Straftaten zu „politischen“ werden konnten.<sup>12</sup> Insofern waren auch in den Gefängnissen der Stasi und in denen der Volkspolizei die Kriminalpolizei und die Stasi zuständig.<sup>13</sup>

Für **verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche** unterhielt die DDR siebzig Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe zur „wirksamen Umerziehung zu neuen Menschen“. Auch hier waren Misshandlungen an der Tagesordnung, aber auch sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen gehörten dazu.<sup>14</sup> In dem berüchtigten Jugendwerkhof an der Elbe, 04860 Torgau, Fischerdörfchen 15, ist seit 2009 eine Gedenkstätte eingerichtet.<sup>15</sup>

*Borries / Fischer* (a.a.O.) zeigen auf Seite 133 mit der Kopie aus einer Originalakte, wie einfach es war, drei **Versionen** aufzustellen und damit die heimliche Überwachung von Personen zu begründen und in ihre Rechte einzugreifen, um die „**Strategische allseitige Informiertheit**“<sup>16</sup> der Staatsorgane anzureichern.

Dass sich der „Erste Kriminalist der DDR“ *Stelzer* im Standardwerk der DDR-Kriminalistik, zum objektiven Wahrheitsanspruch der Version, selbst widerspricht<sup>17</sup> und der unter seiner Leitung<sup>18</sup> schreibende Autor *Rolf Ackermann* das ebenso macht,<sup>19</sup> ist für das DDR-System eigentlich ungewöhnlich. Das wird noch unverständlicher, wenn es heißt: „Das Prinzip der Objektivität verbietet jeglichen Subjektivismus, willkürliche Interpretation von Fakten, das Ausgeben von Vermutungen für Gewissheit“<sup>20</sup> und das dann dem „Prinzip der Parteilichkeit“<sup>21</sup> mit Klassenkampf und offener Parteinahme gegenüber steht. Hier klaffen Theorie und Praxis weit auseinander, wie *Stelzer* mit der Parteilichkeit, die für die kriminalistische Wissenschaft verbindlich war,<sup>22</sup> unterstreicht: „Das kennzeichnet den ausgeprägten **ideologischen Charakter** der kriminalistischen Tätigkeit in der sozialistischen Gesellschaft“.<sup>23</sup> Widersprüche in der DDR-Literatur kommen häufiger vor und können wohl nur von Insidern erklärt werden. So auch der

<sup>8</sup> *Dölling*, Strafvollzug (in der DDR) zwischen Wende und Wiedervereinigung, Berlin 2009

<sup>9</sup> *Dölling*, a.a.O., Seite 101 ff.

<sup>10</sup> *Dölling*, a.a.O., Seite 105

<sup>11</sup> *Hardinghaus*, Der Spiegel vom 16.11.2009, Seite 60

<sup>12</sup> *Dölling*, a.a.O., Seite 42, 52, 84

<sup>13</sup> *Dölling*, a.a.O., Seite 105

<sup>14</sup> *Puls*, Schattenkinder hinter Torgauer Mauern, Rostock 2009 [Missbrauch und Vergewaltigung in DDR-Kinderheimen]

<sup>15</sup> *Harder*, Jeden Morgen nackt antreten auf dem Flur. In DDR-Heimen hatte der Missbrauch System. Kinder wurden isoliert, geschlagen und vergewaltigt – um sie umzuerziehen, in: FASZ vom 28.3.2010, Seite 4

<sup>16</sup> *Brunkal / Hahn / Krause*, a.a.O., Seite 54

<sup>17</sup> *Stelzer*, Sozialistische Kriminalistik, Band 1, Berlin 1977, Seite 98 und 162

<sup>18</sup> *Stelzer*, a.a.O., Titelseiten

<sup>19</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seite 162

*Ackermann*, in: *Stelzer*, a.a.O., Band 3/2, Berlin 1984, Seite 31 und 34

<sup>20</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seite 98

<sup>21</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seite 82

*Ackermann*, Die kriminalistische Untersuchungsplanung, Berlin 1986, Seite 25

<sup>22</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seite 82

<sup>23</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seite 83

Widerruf der Erklärung von Ainring, obwohl die Erklärung dort nach einer Diskussionspause vom Rednerpult aus gegenüber der versammelten Gesellschaft abgegeben wurde.

Durch intensive Auseinandersetzung mit der DDR-Literatur und den Forschungsergebnissen über die DDR wird nicht die emotionale Wiedervereinigung behindert. Im Gegenteil. Die Kollegen in den neuen Bundesländern sind selbstbewusst genug, ihre Arbeit richtig einzuschätzen. Es ist vielmehr die **fehlende Aufarbeitung**, die einen **unbefangenen Umgang** mit der DDR-Kriminalistik verhindert. Nur wenn alles bekannt ist, kann auch Positives hervorgehoben werden. Die Aufarbeitung hat aber auch eine wichtige zweite Seite, sie ist die nötige Voraussetzung für die Versöhnung mit den Opfern.

Die amerikanische Historikerin *Mary Fulbrook* hat die DDR untersucht. Sie stellt die Hypothese auf, dass es sich um eine „**Partizipatorische Diktatur**“ gehandelt habe, und nennt dafür viele Gründe sowie eine differenzierte Schlussbetrachtung in vier Punkten.<sup>24</sup>

Natürlich war in der DDR nicht alles schlecht (*Gundlach*).<sup>25</sup> Das hat auch niemand behauptet und es besteht auch kein Anlass, die jetzige Arbeit der Kollegen in den neuen Bundesländern zu kritisieren. Viele Menschen sahen die DDR als ihre alltägliche Heimat, was selbstverständlich „ihr Land“ war und das Heimatgefühl ausmachte.<sup>26</sup> Das muss respektiert werden. Sie lebten aber in „privater Zurückgezogenheit“<sup>27</sup> und von Illusionen über die Möglichkeiten solch eines armen und kleinen Landes, frei schwebend mitten in Europa existieren zu können, gleichermaßen unabhängig von der Sowjetunion wie von den Vereinigten Staaten.<sup>28</sup>

Doch die Vorderseite dieser Medaille hat auch eine Rückseite, denn es war in der DDR auch nicht alles gut, vieles war sogar besonders schlimm. Sogar der DDR-Wirtschaftsminister *Günter Mittag* stellt fest: „Ohne die Wiedervereinigung wäre die **DDR einer ökonomischen Katastrophe** mit unabsehbaren sozialen Folgen entgegengegangen ... Unbeschreiblich. Da läuft es mir heiß und kalt über den Rücken. Mord und Totschlag, Elend und Hunger.“<sup>29</sup> Der jetzige Ministerpräsident *Matthias Platzeck* schildert den maroden Allgemeinzustand der DDR umfassend.<sup>30</sup>

Aber genauso schlimm war das Unrechts- und Willkürsystem. Deshalb geht es um die Opfer und um die Frage, wie konnte es dazu kommen. Insofern bleibt unverständlich, warum ausgerechnet die ideologiebehaftete Versionsbildung, mit dem Anspruch auf „objektive Wahrheit“, „die die sozialistische Strafprozessordnung“<sup>31</sup> verlangte“, wieder eingeführt werden soll.<sup>32</sup>

---

<sup>24</sup> *Fulbrook*, Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, Seite 256-306 [312]

<sup>25</sup> *Fulbrook*, Das ganz normale Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR. Darmstadt 2008

<sup>26</sup> *Platzeck*, Zukunft braucht Herkunft. Deutsche Fragen, ostdeutsche Antworten, Hamburg 2009, Seite 16 und 36

<sup>27</sup> *Platzeck*, 2009, a.a.O., Seite 40

<sup>28</sup> *Platzeck*, 2009, a.a.O., Seite 42

<sup>29</sup> *Platzeck*, 2009, a.a.O., Seite 15

<sup>30</sup> *Platzeck*, 2009, a.a.O., Seite 23 ff

<sup>31</sup> § 8 DDR-StPO

Oberstes Gericht der DDR, Hg., Gerichtliche Beweisführung und **Wahrheitsfindung** im Sozialistischen Strafprozess. Materialien der 3. wissenschaftlichen Konferenz des Straf- und Militärkollegiums des Obersten Gerichts vom 25.6.1987, Berlin 1987, in allen Beiträgen

<sup>32</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seite 98

*Rüdiger Ettingshausen*, in der DDR Lehrer für Staatsbürgerkunde und Mitglied der SED, heute Geschäftsführer der Partei „Die Linke“ im Landtag von Sachsen-Anhalt, erklärt die häufig anzutreffende pauschale positive Sicht über die DDR: „Man habe [damals] nicht gefragt, was falsch, immer nur, was richtig war. Man hat soviel mit sich machen lassen, ich weiß gar nicht warum, ich habe einfach alles nicht gesehen“.<sup>33</sup>

Das Problem der Schönseherei wird noch durch eine andere Tatsache gestärkt. Der derzeitige Innenminister *Jörg Schönbohm* weist darauf hin, dass Brandenburg eine **andere Überprüfungspraxis der Stasi-Angehörigen** hatte als andere Länder, und deswegen prozentual mehr belastete Bedienstete übernommen hat.<sup>34</sup> „Allein in den Reihen der **Polizei** sind 2009 noch rund **240** ehemals hauptamtliche und mehr als **1.200** inoffizielle **Stasi-Mitarbeiter** tätig“.<sup>35</sup> Bei einer Gesamtstärke der Polizei in Brandenburg von rund 7.000 Mitarbeitern sind das 20 Prozent. Nach erneuter Überprüfung wurden im Sommer 2011 zwei Polizeibeamte als Stasi-Zuarbeiter enttarnt, so auch der **Leiter der Kriminalpolizei** in Spremberg. Sie wurden fristlos entlassen. Die Forderung des Landtages in Brandenburg, alle Staatsanwälte und Richter zu überprüfen, was rechtlich möglich ist, lehnt Ministerpräsident *Matthias Platzeck* ab.<sup>36</sup> Was befürchtet er?

Zur Beschönigung der Zustände in der DDR kommt noch die Unwissenheit hinzu. Nach zwanzig Jahren wissen wir, dass zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung fast alle Ostdeutschen ein falsches Bild von der Bundesrepublik und die meisten Westdeutschen ein falsches Bild von der DDR hatten. Die Ostdeutschen unterschätzten die soziale, politische und kulturelle Differenziertheit ebenso wie das sozial und regional ungleich verteilte Wohlstandsniveau. Die Westdeutschen hatten eine falsche Vorstellung von der Lebenswirklichkeit in der DDR. Der marode Zustand der Wirtschaft war ihnen ebenso wenig bekannt wie die flächendeckende Arbeit der Sicherheitsorgane.<sup>37</sup>

In einer Studie der Freien Universität Berlin<sup>38</sup> wurden Jugendliche aus Berlin, Bayern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen befragt. Im Ergebnis fanden die Wissenschaftler heraus, dass es eine erschreckende allgemeine Unkenntnis über die DDR gibt, insbesondere in Brandenburg, gefolgt von NRW. Die Spitze dieses Nichtwissens bestand in den Feststellungen: „Konrad Adenauer und Willy Brand waren berühmte DDR-Politiker“, „Unter Staats- und Parteichef Erich Honecker gab es demokratische Wahlen“, „Die Mauer haben die BRD und/oder die Alliierten errichtet“. Die Forscher stellen fest, dass das größte Hindernis für eine korrekte Kenntnis die „Ostalgie der Alten“ ist. „Eine kaum zu überwindende Barriere in ostdeutschen Schulen stellen Eltern und Großeltern von Schülern dar, die das von kritischen Lehrern vermittelte DDR-Bild zurückweisen und ihren Kindern ihre eigene nostalgische Sicht gleichsam aufzwingen“.<sup>39</sup> Die-

---

*Stelzer*, Einige Erfahrungen und Lehren aus der sowjetischen Kriminalistik, in: Kriminalistische Beiträge, Schriftenreihe der Deutschen Volkspolizei, Berlin 1959 b, Seite 32 und 33

*Ackermann*, a.a.O., 1984, Seite 14 und 31

*Ackermann*, a.a.O., 1986, Seite 20, 25 und 42

<sup>33</sup> FAZ vom 5.4.2008, Seite 4

<sup>34</sup> FAZ vom 20.8.2009, Seite 4

<sup>35</sup> *Wehner*, Steige hoch, du roter Adler, FASZ vom 8.11.2009, Seite 5

<sup>36</sup> FAZ vom 20.8.2011, Seite 4

<sup>37</sup> *Schroeder*, Das Neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört, Berlin 2010, Seite 219

<sup>38</sup> *Deutz-Schroeder / Schroeder*, Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern, München 2008

<sup>39</sup> FAZ vom 26.7.2008, Seite 4; vom 28.7.2008, Seite 4; vom 2.8.2008, Seite 4, FASZ vom 24.8.2008, Seite 68

se Haltung verwundert, denn wir haben hinreichend schlechte Erfahrungen mit dem Verdrängen und Beschönigen der NS-Diktatur gehabt.

Der Innenminister des Landes Brandenburg *Jörg Schönbohm* stellt ganz aktuell fest: „In Brandenburg hat es noch **keine wirklich offene und ehrliche Diskussion** über die DDR gegeben. Das hängt auch etwas mit der „Rote-Socken-Kampagne“ zusammen [...], sodass *Manfred Stolpe* (SPD) die absolute Mehrheit errang [und Ministerpräsident wurde (1.11.1990-26.6.2002)]. Seither wurde der Eindruck vermittelt, als dürfe man das Thema **Erbe der DDR-Vergangenheit nicht ansprechen**, und das wurde von der PDS, später Linkspartei, gefördert. Das hat auch die SPD bei den Koalitionsverhandlungen betont.<sup>40</sup> Dies wurde später als der „**Brandenburger Weg**“<sup>41</sup> bezeichnet, den der Volksmund „**Kleine DDR**“<sup>42</sup> nennt.

„Mit einem einzigen Satz von *Matthias Platzeck* [seit 2002 Ministerpräsident von Brandenburg] – dass wir zwanzig Jahre nach dem Mauerfall doch einen **Stasibeauftragten** haben wollen – begann plötzlich eine **breite Diskussion**. [...] Wir haben erst dann inneren Frieden, wenn wir das Erbe der DDR aufgearbeitet haben und darüber sprechen können.“<sup>43</sup> *Platzeck* nennt deshalb sein Buch nicht ohne Grund „**Zukunft braucht Herkunft**“. Wer nicht zu seiner Herkunft steht, hat keine Zukunft.

Für *Platzeck* war „die größte politische Krise Brandenburgs, die Auseinandersetzung um die **Stasikontakte, die Ministerpräsident Manfred Stolpe** als Jurist und Konsistorialpräsident der evangelischen Kirche in der DDR unterhalten hat“.<sup>44</sup>

Diesen „**Brandenburger Weg**“ wählte man auch, um über zehntausend „Neusiedlern“, die in der SBZ / DDR durch die Bodenreform von 1945 rund 18.000 Hektar landwirtschaftliche Flächen zum Verkehrswert **gekauft** hatten, nach der Wiedervereinigung von ihrem **Eigentum oder Erbe auszuschließen**.<sup>45</sup> Unter **Vortäuschung falscher Tatsachen** wurden die Berechtigten als „anonyme Eigentümer oder Erben“ eingestuft. Der Bundesgerichtshof hält das Verfahren [...] „dem eines Rechtsstaates für unwürdig, [...] das nachhaltig **an die Praxis** der Verwalterbestellung **der DDR erinnert**“.<sup>46</sup>

Nach der **Landtagswahl 2009** in Brandenburg ruft *Platzeck* zur Versöhnung mit den Helfern der DDR-Diktatur auf.<sup>47</sup> Danach geht er eine Regierungskoalition mit der Partei Die Linke ein und lässt sich auch von diesen zum Ministerpräsidenten wählen, deren **Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser IM der Stasi war**. Inzwischen ist bekannt, dass die Landtagsvizepräsidentin Gerlinde *Stobrawa* und der Abgeordnete *Gerd-Rüdiger Hoffmann* **ebenfalls IM** der Stasi waren. Die Fraktion der Linken forderte *Hoffmann* auf, das Mandat niederzulegen, was er bislang ablehnt.<sup>48</sup>

Die Oppositionsparteien im Brandenburger Landtag fordern am 9.3.2010 eine **Enquetekommission** zur amtlichen „**Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung**

<sup>40</sup> FAZ vom 20.8.2009, Seite 4

<sup>41</sup> *Platzeck*, 2009, a.a.O., Seite 92

<sup>42</sup> FAZ vom 4.8.2009, Seite 35, vom 5.8.2009, Seite 4, und vom 20.8.2009, Seite 4

<sup>43</sup> FAZ vom 20.8.2009, Seite 4; und *Platzeck*, 2009, a.a.O., Seite 65 und 92 ff

<sup>44</sup> *Platzeck*, a.a.O., 2009, Seite 92

<sup>45</sup> *Purps*, [Thorsten, Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar, Potsdam] Vom Staat enterbt. Die Bodenreformaffäre – eine Skandalchronik aus dem Land Brandenburg, Halle/Saale 2009

<sup>46</sup> BGH, Urteil vom 7.12.2007, V ZR 65/07, in: *Purps*, a.a.O., Seite 191 [197 und 199]

<sup>47</sup> Der Spiegel vom 2.11.2009, Seite 72

<sup>48</sup> FAZ vom 27.11.2009, Seite 4

**von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg**“. Vertreter der SPD und Linkspartei zeigen sich gegenüber dem Arbeitsauftrag skeptisch, kündigen aber Ihre Mitarbeit an.<sup>49</sup> Es bleibt abzuwarten, wie dieser „Brandenburger Weg“ aussieht. Obwohl die Stasi-Unterlagen-Behörde inzwischen neue Quelle erschlossen hat, verweigert die Enquetekommission eine erneute Überprüfung von *Manfred Stolpe*.<sup>50</sup>

*Platzek* schwenkt um und fordert: „**Ich verlange Respekt vor den Ostdeutschen**“.<sup>51</sup> Dabei hat er bisher richtigerweise pauschale Aussagen über Ostdeutsche zurückgewiesen. Natürlich gibt es sehr viele Ostdeutsche, die zu Recht stolz sein können und denen wir mit Respekt und Achtung gegenüberstehen. Aber gerade als Brandenburger pauschal Respekt zu verlangen heißt doch, die fehlende Aufarbeitung über die DDR und die Stasi-Belasteten, die noch heute in der Politik und in der Polizei (siehe oben) tätig sind, zu rechtfertigen. Für *Platzek* ist das jedoch „Geschichte“ und kann vergessen werden. Er verkennt aber, dass man sich Respekt erarbeiten und verdienen muss.

Auf dem **Parteitag** der Linken am **28.11.2009 in Erfurt** wurde die Stadt Chemnitz wieder mit dem DDR-Namen „**Karl-Marx-Stadt**“ bezeichnet.<sup>52</sup> Dieselben Mitglieder der Links-Partei nannten sich davor PDS und davor SED und repräsentierten die Diktatur des Proletariats der DDR. *Platzek* rechtfertigt das mit dem Hinweis, dass in der BRD nach 1945 die Nazi-Helfer ebenso integriert wurden. Hier **verwechselt Platzek die Tatsachen**. Die Nazi-Helfer wurden in den Rechtsstaat integriert, halfen beim Aufbau mit und stehen zu ihm. Nach Umfragen der Forschungsstelle DDR-Unrecht an der Humboldt-Universität gibt es jedoch eine beachtliche Zahl von Mitgliedern der Links-Partei, die den Rechtsstaat ablehnen.<sup>53</sup>

Gleichwohl ist die **Versöhnung** mit denjenigen notwendig, die sich dem **Rechtsstaat ehrlich verpflichtet** fühlen. Wie soll aber die Versöhnung mit denen erfolgen, die mit Täuschungen und Fälschungen noch 2008 Willkürmethoden der DDR für die gesamte BRD einführen wollten (siehe unten)?

Doch die Beschönigung der DDR-Diktatur geht hemmungslos weiter. Der **Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering** (SPD), behauptet, dass die DDR zwar „kein Rechtsstaat, aber auch **kein Unrechtsstaat**“ gewesen sei.<sup>54</sup> Was denn dann, fragt man sich? Erst auf Nachfrage räumt *Sellering* ein: „Allerdings stimmt: Der Staat machte vielfach, was er wollte. Es gab keine Kontrolle durch unabhängige Gerichte. **Insofern hat zur DDR immer auch ein Schuss Willkür und Abhängigkeit gehört.**“ Ist das für *Sellering* kein Unrecht? Welche Werte vertritt dieser Mann? Er entstammt aus einer christlichen Familie und ist im Ruhrgebiet aufgewachsen. Deshalb könnte er es besser wissen. Dazu braucht man nicht Verwaltungsjurist zu sein.

Auf die Frage, was denn gut in der DDR gewesen sei, antwortet *Sellering*: „Kitas, Schulen und Gesundheitsvorsorge“. *Sellering* sei empfohlen, sich mit den aktuellen Forschungsergebnissen auseinanderzusetzen.

---

<sup>49</sup> FAZ vom 10.3.2010, Seite 4

<sup>50</sup> FAZ vom 20.8.2011, Seite 4

<sup>51</sup> *Platzek*, Ich verlange Respekt, Der Spiegel vom 30.8.2010, Seite 39

<sup>52</sup> FAZ vom 30.11.2009, Seite 4

<sup>53</sup> Der Spiegel vom 9.11.2009, Seite 31; vom 9.11.2009, Seite 32; vom 16.11.2009, Seite 60

<sup>54</sup> FAZ vom 22.3.2009, Seite 6

Wie das Schulsystem wirklich aussah, schildert *Ralf Schuler*.<sup>55</sup> Es diente in erster Linie der weltanschaulichen Prägung. Obwohl alle Schüler von der fünften Klasse an Russisch lernten, beherrscht kaum jemand die Sprache. Die, auch im Westen, gelobte Durchlässigkeit gab es tatsächlich nicht. Arbeiterkinder waren in den Abiturklassen die Ausnahme. Sinnvoll und effektiv war die Zentralisierung bei der interdisziplinären Erarbeitung effizienter Lehrpläne.

Auch nach ersten Kritiken verteidigt *Sellering* seine Auffassung weiterhin.<sup>56</sup> Wie müssen sich die Opfer der DDR-Diktatur fühlen? Doch jetzt reagiert auch die SPD, *Sellerings* Partei, und widerspricht ihm. Der frühere Innenminister *Gottfried Timm* (SPD): „Wenn die DDR kein Unrechtsstaat gewesen wäre, hätten wir 1989 nicht auf die Straße gehen müssen.“<sup>57</sup> Die SPD in Thüringen und Sachsen werfen *Sellering* „Geschichtsklitterung“<sup>58</sup> und „Vernebelung der Fakten“ vor. Der SPD-Bundestagsabgeordnete *Stephan Hilsberg* zeigt das wahre Ausmaß des Schadens: „Wer wie *Sellering* argumentiert, kommt schnell zu den vermeintlich guten Seiten der Nazis, dem Autobahnbau oder der Arbeitsbeschaffung.“<sup>59</sup>

Auf *Sellerings* Äußerungen stellt der Historiker *Klaus Schroeder*, Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, fest: „Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall erreicht die **Verklärung der DDR einen neuen Höhepunkt**. ... Gefährlich wird es, wenn die Erinnerung an das private Lebensglück kritische Hinweise auf das System verdrängt. Wenn es etwa zur Indoktrination in Kindergärten und Schulen heißt: So war das nicht. ... Unrecht muss beim Namen genannt werden.“<sup>60</sup>

*Sellering* ist nicht zu belehren, er wiederholt sich erneut. Ebenso hartnäckig, wie es ganz aktuell die **Stasi-Leute** unter der Führung von **Mielke-Vize Wolfgang Schwanitz** und dem Schweigen von Kulturdezernent *Thomas Flierl* (PDS) in Berlin machen.<sup>61</sup>

Der Vize-Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, *Seidel*, **widerspricht Sellering** öffentlich, ebenso die in der DDR aufgewachsene **Bundeskanzlerin Angela Merkel**. Sie stellt ausdrücklich klar: „Die DDR war ein Unrechtsstaat. Der Staat wurde sogar auf Unrecht gegründet. In ihm herrschten Angst und Lüge. Trotzdem hat es aufrechte Menschen gegeben.“<sup>62</sup> Die Leiterin der Stasi-Unterlagen-Behörde *Marianne Birthler* erklärt dazu: „Dass ein Ministerpräsident die fundamentalen Unterschiede zwischen einer Diktatur und einer Demokratie zu ignorieren scheint, finde ich besorgniserregend. Die SED-Diktatur gründete auf strukturellem Unrecht. Gegenüber dem Staat waren die Menschen rechtlos.“<sup>63</sup> Der derzeitige Ministerpräsident von Brandenburg *Matthias Platzeck* (SPD), selbst in der DDR aufgewachsen, erklärt zu diesem Thema: „Die DDR ist mausetot“ und erinnert daran, dass die Wiedervereinigung „ein Beitritt der DDR zur Bundesrepublik war und nicht umgekehrt“.<sup>64</sup> In seinem Buch<sup>65</sup> beschreibt

<sup>55</sup> Mythos Ostschule: Das Schulsystem in der DDR war weder gerecht noch sozial durchlässig, FASZ vom 15.8.2010, Seite 11

<sup>56</sup> FAZ vom 24.3.2009, Seite 4

<sup>57</sup> FAZ vom 25.3.2009, Seite 4

<sup>58</sup> Geschichtsfälschung

<sup>59</sup> FAZ vom 25.3.2009, Seite 1 und 4

<sup>60</sup> DER SPIEGEL vom 27.4.2009, Seite 147

<sup>61</sup> *Schreiber*, Die Stasi lebt. Berichte aus einem unterwanderten Land, München 2009, Seite 184 und 185

<sup>62</sup> FAZ vom 9.5.2009, Seite 4, und 11.9.2009, Seite 4

<sup>63</sup> FASZ vom 17.5.2009, Seite 4

<sup>64</sup> *Platzeck*, Der Spiegel vom 18.5.2009, Seite 30

<sup>65</sup> *Platzeck*, Zukunft braucht Herkunft. Deutsche Fragen, ostdeutsche Antworten, Hamburg 2009

*Platzek*, worauf die DDR-Bürger stolz sein können: „Auf die tatkräftige, zupackende Grundhaltung, mit der wir Ostdeutschen damals die Freiheit und Einheit errangen“ und verweist zu Recht in der Voranstellung auf Wilhelm von Humboldt: „Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.“

Ebenso meldet sich der DDR-Rechtswissenschaftler *Richard Schröder* ausführlich zu *Sellering* und zum thüringischen Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl, *Bodo Ramelow*, der ebensolche Entgleisungen von sich gegeben hat wie *Sellering*, zu Wort und zeigt das Unrecht in der DDR an vielen Lebensbeispielen des Alltags auf. Er zeigt aber richtigerweise auch die persönlichen Leistungen von vielen DDR-Bürgern, die sie trotz Diktatur vollbracht haben und die darauf stolz sein können. „**Aber bitte doch nicht plötzlich stolz sein wollen auf die erschwerenden Bedingungen von Diktatur und Mangelwirtschaft**“.<sup>66</sup>

Auf das **Entsetzen von Verbänden der Opfer** der DDR-Diktatur über die Äußerungen von *Erwin Sellering* organisierte die Landesbeauftragte Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen der DDR-Staatssicherheit ein Treffen zwischen diesen. Auch hier blieb *Sellering* unbelehrbar: „**Er habe sich nicht entschuldigt und auch nichts zurückgenommen**.“ Die Vertreter der Opferverbände waren sehr enttäuscht und stellten ebenso klar: „Auch sei die **Lebensleistung** der DDR-Bürger unter den Bedingungen der Diktatur **umsonst gewesen**.“<sup>67</sup>

In der Stasi-Unterlagen-Behörden werden seit Gründung **47 Mitarbeiter** beschäftigt, die hauptamtlich für die **DDR-Staatssicherheit** tätig waren. Die Opferverbände empfinden deren Beschäftigung als „Schlag ins Gesicht“. Der im März 2011 neu gewählte „Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen“ *Roland Jahn* hält den Zustand für unerträglich und will diese Mitarbeiter „aus **Respekt gegenüber den Opfern**“ in andere Bundesbehörden abgeben.<sup>68</sup> Auch wenn sich die Zeiten geändert haben, die Narben bleiben.

Der Bundesvorsitzende der SPD *Sigmar Gabriel* stellt für seine Partei klar: „Ich werde die Partei *Kurt Schumachers* nicht in ein Bündnis mit einer Partei [Die Linke] führen, die ein ungeklärtes Verhältnis zum **DDR-Unrecht** und zum Parlamentarismus hat. [...] Seit ich Vorsitzender bin, erkläre ich der Sozialdemokratie, dass ihre anfängliche Sentimentalität gegenüber der Partei Die Linke Unsinn ist“.<sup>69</sup>

Der ehemalige „Ständige Vertreter der BRD in der DDR“ *Klaus Bölling* (SPD), greift das Thema Verharmlosung der Diktatur ebenso auf und rügt den Literaturnobelpreisträger *Günter Grass* für seine Feststellung von der „kommoden Diktatur“ [bequeme Diktatur]. „Da irrt sich der stets zur Belehrung der Deutschen neigende Schriftsteller schon immer. ... Für viele DDR-Intellektuelle, die im Ulbricht- und Honecker-Staat mit Privilegien verwöhnt wurden und zum Reisekader gehörten, ist *Grass* der gute Wessi, weil er differenziert über das Regime urteilt.“ *Bölling* empfiehlt *Grass*, er hätte die Bundeskanzlerin in das Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen begleiten sollen, um seine Vorurteile zu korrigieren.<sup>70</sup>

---

<sup>66</sup> FAZ vom 9.5.2009, Seite 8

<sup>67</sup> FAZ vom 7.8.2009, Seite 4

<sup>68</sup> Der Spiegel vom 28.3.2011, Seite 30; FAZ vom 26.4.2011, Seite 2

<sup>69</sup> Der Spiegel vom 5.7.2010, Seite 26 [27]

<sup>70</sup> Recklinghäuser Zeitung vom 9.5.2009, Seite 2



Die Beschönigungen gehen weiter. Der DDR-Sportfunktionär *Thomas Köhler* räumt zwar in seinem im September 2010 erschienen Buch „Zwei Seiten der Medaille“ das flächendeckende Doping von Sportlern der DDR ein, um eine Chancengleichheit herzustellen, bestreitet aber das Doping von Minderjährigen und die schweren Nebenwirkungen. *Uwe Trömer*, anerkanntes Dopingopfer, bezeichnet das als „unverschämte Lüge“.<sup>71</sup>

Im Mai 2009 veröffentlicht der Historiker *Ilko-Sascha Kowalczyk*, seine Forschungsarbeiten.<sup>72</sup> Das Buch zeigt auf 600 Seiten das gesamte DDR-System von der Gründung bis zur Revolution in seiner menschenverachtenden Form und räumt mit den schleichenden Legenden auf: „Es gab auch etwas Gutes im System der Diktatur“ und „der Machtapparat sei erst nach der Wiedervereinigung dämonisiert worden“. Diese Dämonisierung wurde von Anfang der DDR an bewusst selbst vorgenommen. Das Spiel mit der Angst und die permanent gefühlte **Omnipräsenz** von Stasi und Polizei waren bewusst als Unterdrückungs- und Disziplinierungsmittel eingesetzt worden<sup>73</sup>, sodass eine **Misstrauengesellschaft** entstand.<sup>74</sup>

*Kowalczyk* schildert auch die versteckten und offenen Willkürmaßnahmen, die offiziell „**Zersetzung**“ genannt wurden.<sup>75</sup> Es war die Zerstörung der Menschen als Sozialwesen und der Familien. Eingesetzt wurden dabei: Inszenierungen beruflicher Misserfolge durch Bildungs- und Berufsverweigerung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Entzug des Führerscheins. Verbreitung von Gerüchten und falschen Informationen, insbesondere auf Ehebruch, pornografisches Interesse, Verführung Minderjähriger, Geldgier, Alkoholmissbrauch, Vernachlässigung elterlicher Pflichten, Verrat von politischen Mitstreitern, Freunden und Verwandten, Zerstörung des Privatlebens durch demonstrative Dauer-Beobachtung, ständige Telefonanrufe, Annoncenkampagnen, heimliche Haus-einträge und das Verstellen von Gegenständen, Beschädigung des Privateigentums, verdeckt organisierte Entfremdung der Kinder von den Eltern. Die schlimmste Art der Denunzierung war die Verbreitung, die Person sei Stasi-Spitzel.

Um die Menschen im Machtapparat selbst **gefügig** zuhalten, gab es Verunsicherung und Disziplinierung durch ständige Aussprachen bei beruflichen Vorgesetzten der Polizei und der Stasi.<sup>76</sup>

In die Reihe der Beschöniger hat sich jetzt auch der in der DDR ausgebildete und praktizierende **Rechtsanwalt Friedrich Wolf**<sup>77</sup> mit seinem Buch „Verlorene Prozesse“ eingegliedert. Er zählt zwar einige längst bekannte Willkürhandlungen der DDR-Staatsorgane auf, hält es aber für völlig normal, dass Personen von der Stasi im Ausland entführt und der DDR-Gerichtsbarkeit überstellt wurden. Ebenso normal sei eine Untersuchungshaft von vier Jahren. Besonders gut findet er die **Vernehmungprotokolle, die von der Stasi** erstellt wurden, weil sie „**so schön eindeutig waren**“. Auf 350 Seiten lässt er hohe DDR-Funktionäre, die er nach der Wiedervereinigung verteidigte, ausführlich zu Wort kommen, so Hans Modrow und Erich Honecker.

---

<sup>71</sup> FAZ vom 15.9.2010, Seite 28

<sup>72</sup> *Ilko-Sascha Kowalczyk*, Endspiel, Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009 [Dr. phil., Projektleiter in der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagen-Behörde]

<sup>73</sup> *Kowalczyk*, a.a.O., Seite 51

<sup>74</sup> *Holm*, FAZ vom 25.7.2009, Seite Z 1

<sup>75</sup> *Kowalczyk*, a.a.O., Seite 51; *Platzek*, 2009, a.a.O., Seite 33

<sup>76</sup> *Kowalczyk*, a.a.O., Seite 51

<sup>77</sup> *Wolf*, Verlorene Prozesse, Berlin 2009

*Gesine Schwan*<sup>78</sup>, Präsidentin (1999-2008) der Freien Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und SPD-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, beschreibt die persönlichen Konsequenzen und die **Disziplinierung**, die sie hinnehmen musste, weil sie ihrer Partei einen „so unscharfen Umgang zwischen Demokratie und Diktatur“ bescheinigte und aus ihrer persönlichen Erfahrung keine Verharmlosung des sogenannten realen Sozialismus aufkommen ließ.<sup>79</sup> Dafür wurde sie auf Betreiben des SPD-Bundesgeschäftsführers aus der Grundwertekommission abgewählt.<sup>80</sup> Erst *Wolfgang Thierse*, Bundestagsvizepräsident (SPD) und DDR-Bürger, holte sie dahin wieder zurück.<sup>81</sup>

Bundespräsident *Horst Köhler* warnt aktuell vor einer **Verklärung der DDR**: „So mancher, der heute von angeblich sozialen Errungenschaften schwärme, wisse ganz offensichtlich nicht oder wolle nicht wahrhaben, wie heruntergekommen der real existierende Sozialismus damals längst war. Selbst das vom SED-Generalsekretär *Egon Krenz* 1989 in Auftrag gegebene Gutachten habe gezeigt, dass die DDR seit Jahren bankrott war und nur von der Substanz lebte. Das Regime wäre gezwungen gewesen, die bröckelnde Fassade der sozialen Wohltaten und der scheinbaren Vollbeschäftigung vollends niederzureißen.“<sup>82</sup>

Der erste Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde *Joachim Gauck* zeigt in dem vorgenannten Zeitungsartikel auch auf, wie leicht es war, sich den Anwerbungsversuchen der Stasi zu widersetzen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde von der Stasi angeworben. Sie weigerte sich erfolgreich.<sup>83</sup>

Der in der DDR aufgewachsene promovierte Historiker, Mitarbeiter der „Akademie der Wissenschaften der DDR“ und Referent bei der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ *Stefan Wolle*<sup>84</sup> beschreibt sehr anschaulich die angeblich „**Heile Welt der Diktatur**“ in der DDR: „Die DDR ist so gründlich gescheitert, wie man nur scheitern kann: ökonomisch, politisch und moralisch (Seite 14).“ „Es geht darum zu zeigen, dass Diktatur und Alltagsleben zwei Seiten einer Medaille waren – also ganz im Sinne von Karl Marx eine dialektische Einheit der Gegensätze. Die alltägliche Diktatur und der diktatorische Alltag sind nicht voneinander zu trennen. Geborgenheit und Unfreiheit gehörten zusammen. Die Wärme der Gemeinschaft und die kollektivistische Totalkontrolle bildeten eine untrennbare Einheit. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Staatssicherheit hingen nicht nur semantisch zusammen. Die von vielen geschätzte Ruhe und Ordnung und die Friedhofsruhe der Diktatur waren unlösbar miteinander verbunden (Seite 18).“

Die unmittelbar nach der Wiedervereinigung beginnende Forschung über die Polizei, die zwar durch die **Säuberung der Polizeiarchive**<sup>85</sup> gehemmt wurde, ist in den letzten Jahren erheblich verstärkt worden und zeigt ein deutliches Bild. Diese Forschung wird aber von einigen nicht wahrgenommen, beschönigt, verdrängt oder dreist bestritten (Auswahl in: [www.weihmann.info](http://www.weihmann.info) – Aufsätze – Version). Die Hinweise auf die Forschung gab es bereits in meinem Aufsatz in der Januar-Ausgabe 2008 der Kriminalistik.

<sup>78</sup> *Schwan*, Allein ist nicht genug, Freiburg 2007

<sup>79</sup> *Schwan*, a.a.O., Seite 24

<sup>80</sup> *Schwan*, a.a.O., Seite 39

<sup>81</sup> *Schwan*, a.a.O., Seite 44

<sup>82</sup> FAZ vom 11.6.2008, Seite 4

<sup>83</sup> FASZ vom 17.5.2009, Seite 4

<sup>84</sup> *Wolle*, Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, Berlin 2009

<sup>85</sup> *Eppelmann*, a.a.O., Seite 99, und *Marquardt*, a.a.O., Seite 656

Die bevorstehenden 20. Jahrestage von Mauerfall und Wiedervereinigung werden die Forschungsintensität verstärken. Im sächsischen Landtag wird aktuell ein **Lehrstuhl für DDR-Geschichte** an der Universität Leipzig gefördert: „Schule und Gesellschaft hätten bei der Vermittlung von Wissen über die DDR versagt. In manchen Ostalgie-Shows im Fernsehen werde die DDR als Kuscheldiktatur dargestellt und ein Landtagsabgeordneter besuche ohne Skrupel Veteranenveranstaltungen der Stasi“.<sup>86</sup>

In *Döllings* Arbeit (a.a.O.) wird deutlich, warum die **Geschichtsfälschung** der DDR-Diktatur so einfach ist. Drei Umstände begünstigen das. **Erstens** waren zwischen Wende und Wiedervereinigung die Polizeiarchive gesäubert worden, sodass es keine belastenden Unterlagen gab. **Zweitens** hatte die Mehrzahl der „normalen“ Straftäter tatsächlich auch „normale“ Straftaten begangen. **Drittens** haben diese Täter im Durchschnitt ein niedriges Bildungsniveau, sodass kaum jemand von diesen in die Öffentlichkeit gehen wird, um die Willkürmethoden anzuprangern. Deshalb wollen viele gern glauben, das Unrecht sei nur durch den Staatssicherheitsdienst an politischen Gefangenen verübt worden.

Der in der DDR aufgewachsene und in Leipzig studierende Journalist *Frank Pergande* hat die Situation der Beschönigung in seinem Kommentar „**Das Land Utopia**“ auf der ersten Seite der FAZ vom 13.5.2009 zutreffend beschrieben. Für viele gab es die DDR in zweierlei Gestalt. Die eine war die wirkliche, die Diktatur. Die zweite war das Land Utopia, wie man die DDR gern gehabt hätte.

Wie war es nur möglich, dass ein Staat, der gerade von der NS-Diktatur befreit worden war, der sich Demokratie nannte und eine Verfassung hatte, selbst zur Diktatur wurde? Ein Staat, der sich international verpflichtete, die Menschenrechte zu achten und zu schützen, sie aber in schlimmster Weise mit Füßen trat?<sup>87</sup> Er verhängte und vollstreckte sogar 211 **Todesurteile**, das letzte am 26.6.1981 gegen *Werner Teske*, wegen Flucht-vorbereitung in den Westen.<sup>88</sup>

Welche **Rolle spielte das Untersuchungsorgan Kriminalpolizei**? Da Menschenrechtsverletzungen gleichzeitig Verbrechens-Straftaten<sup>89</sup> waren, stellt sich die Frage, wie viele Verfahren hat es gegeben, die die Kriminalpolizei aufgedeckt, ermittelt oder gar zur Anklage gebracht hat? Diese Kriminalpolizei war auch für die „Verhütung und Aufdeckung von Strafrechtsverletzungen“ zuständig<sup>90</sup> und an die „gesetzliche Forderung gebunden, alle Straftaten aufzudecken, aufzuklären und die Täter zu ermitteln“,<sup>91</sup> sodass **kei n e i n z i g e s** Verbrechen unaufgedeckt bleibt,<sup>92</sup> wie sie es selbst mit der gesperrten Schreibweise unterstreicht.

<sup>86</sup> FAZ vom 12.8.2008, Seite 2

*Jürgs*, Wie geht's Deutschland? Populisten. Profiteure. Patrioten. Eine Bilanz der Einheit, München 2008

<sup>87</sup> *Marquardt*, a.a.O., Seite 655

<sup>88</sup> *Läpple*, Verrat verjährt nicht. [Opfer und Täter erzählen Lebensgeschichten aus der DDR], Hamburg 2008, Seite 325 [17.6.1987 Abschaffung der Todesstrafe, *Läpple*, Seite 332]

*Jürgs*, a.a.O., Seite, 235, 238 und 243

<sup>89</sup> § 1 III DDR/StGB vom 12.1.1968 [Straftaten gegen die Menschlichkeit und die Menschenrechte sind Verbrechen]

<sup>90</sup> *Ackermann*, a.a.O., 1986, Seite 12,

<sup>91</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seite 21

*Ackermann*, a.a.O., 1986, Seite 12

<sup>92</sup> *Stelzer*, a.a.O., Für eine grundlegende Wende in der kriminalistischen Wissenschaft, in:

Kriminalistische Beiträge, Schriftenreihe der Deutschen Volkspolizei, Berlin 1959 a, Seite 13

Die Überzeugung, alle Straftaten aufklären zu können, haben *Strauß* und *Ackermann* 1979 in ihrer **gemeinsamen DDR-Dissertation „A“**<sup>93</sup> (Vertrauliche Dienstsache) und *Ackermann* 1987 in seiner DDR-Dissertation „B“<sup>94</sup> (Vertrauliche Dienstsache) ohne jegliche Einschränkung dargestellt, weil das „in der sozialistischen Gesellschaft grundsätzlich möglich ist, das heißt, alle Täter zu ermitteln“.<sup>95</sup> Es geht hierbei um die Delikte, die nicht sofort aufgeklärt werden können, die „Vorläufig eingestellte Ermittlungsverfahren“ (VEEV) bezeichnet wurden. Dabei ist zu bedenken, dass die DDR eine „langjährige stabile [Gesamt-] **Aufklärungsquote von 83 % [bis 95 %]**“ hatte.<sup>96</sup> Unter diesem Hauptthema werden in der DDR-Dissertation „B“ nach 444 Seiten in Anlage 3<sup>97</sup> sieben Ermittlungsmaßnahmen genannt, die kriminalistisches Grundwissen vermitteln. Unter solchen Überschriften finden sich in allen historischen Lehrbüchern gleichartige Maßnahmen, z. B. *Hans Groß, Friedrich Avé Lallement, Hans Schneikert oder Wilhelm Stieber*. Jedoch mit großen Unterschieden, denn die Aufklärung von Straftaten in der DDR mussten „im Einklang mit dem Prinzip der Parteilichkeit [...] als Instrument des Klassenkampfes“<sup>98</sup> stehen und die Kriminalpolizei hatte sich auf die „**Anwendung tschekistischer**“<sup>99</sup> **Mittel und Methoden** zu konzentrieren“, wie es *Erich Mielke* 1982 in seinem Vortrag auf der Dienstkonferenz der Sicherheitsorgane verlangte.<sup>100</sup> Deshalb unterschied die Kriminalpolizei „**polizeiliche, kriminalpolizeiliche und kriminalistische** Mittel, Methoden und Verfahren [pp.]“, wie es *Ackermann* in seiner DDR-Dissertation „B“ beschreibt.<sup>101</sup> Dass diese Methoden auch angewandt wurden, wissen wir von den Opfern aus vielen Quellen (siehe auch *Weihmann*, Versionsbildung).

Diese **Strafverfolgungsbessenheit** ist auch an der Anzahl der inhaftierten Strafgefangenen zu erkennen. Obwohl die Kriminalitäts-Häufigkeitszahl<sup>102</sup> nur ein Drittel der in der BRD ausmachte, gab es in der DDR mehr als doppelt so viele Strafgefangene.<sup>103</sup> Diese Anzahl wurde auch schnell wieder nach den acht großen Amnestien zwischen 1949 und 1989 erreicht.<sup>104</sup> Darüber hinaus hatte die DDR „penibel ausgearbeitete Pläne für **Internierungslager** und Listen mit Namen für die Internierung von Systemkritikern“.<sup>105</sup>

*Ackermann* reicht die Summe der Einzelfälle nicht aus, die Willkür des Staates und das Elend der Opfer nachzuvollziehen. Konnte denn die dadurch eintretende allgemeine Disziplinierung der Bevölkerung mit „Unfreiheit, Anpassungsdruck und Repressalien“

<sup>93</sup> *Strauß / Ackermann*, gemeinsame DDR-Dissertation A zur Erlangung des akademischen Grades doctor juris (Dr. jur.), Thema: „Zur Methodik der differenzierten Untersuchungsplanung“, „Vertrauliche Dienstsache“, Berlin 7.6.1979.

<sup>94</sup> *Ackermann*, DDR-Dissertation B zur Erlangung des akademischen Grades doktor scientiae juris (Dr. sc. jur.), Thema: „Zur Vervollkommnung der Arbeitsweise, Taktik und Organisation der Aufklärung von gemäß § 143 Ziffer 1 StPO vorläufige eingestellte Ermittlungsverfahren“, „VS“, Berlin 15.9.1987

<sup>95</sup> *Ackermann*, DDR-Dissertation B, Seite 10

<sup>96</sup> *Ackermann*, DDR-Dissertation B, Seite 8 und 133

<sup>97</sup> „Ausgewählte bewährte kriminalistische Methoden und Maßnahmen zur späteren Täterermittlung“

<sup>98</sup> *Ackermann*, DDR-Dissertation B, Seite 8

<sup>99</sup> *Mielke*: „Tschekisten [russische Geheimpolizei] zeichnen sich dadurch aus, dass sie den »6. Sinn« besitzen, der sie befähigt, die Feinde zu erkennen und aufzuspüren“, in: *Engelmann*, u.a., *Das MfS-Lexikon*, Berlin 2011, Seite 154

<sup>100</sup> Referat auf der zentralen Dienstkonferenz am 11.10.1982, in: *Wunschik*, *Anatomie der Staatssicherheit*, MfS-Handbuch, Berlin 2008, Seite 70

<sup>101</sup> Thesen zu DDR-Dissertation „B“, Seite 7

<sup>102</sup> Anzahl der Straftaten auf 100.000 Einwohner

<sup>103</sup> *Dölling*, a.a.O., Seite 57

<sup>104</sup> *Dölling*, a.a.O., Seite 59 ff

<sup>105</sup> *Platzek*, a.a.O., Seite 34

verborgen bleiben?<sup>106</sup> Oder waren die Instrumentalisierung der Polizei und die Abschottung der Dienststellen so perfekt, dass niemand das Unrecht erkennen konnte?

War es auch nicht mithilfe der Kriminalistik möglich, die **Menschenrechtsverletzungen** zu erkennen? Welche Methoden gab es, um solche Verstöße zu verhindern oder aufzudecken? Zur Qualität der DDR-Kriminalistik stellt *Gundlach* fest: „Es gab unbestritten anerkannt gute kriminalistische Fachbücher, wenn man einmal die den politischen Usancen geschuldeten ersten 20 Seiten über Marx und Engels abzieht“. Leider nennt *Gundlach* kein einziges Beispiel. Die Sozialistische Kriminalistik basierte aber „auf dem Marxismus-Leninismus“<sup>107</sup>, als Erziehungsdiktatur,<sup>108</sup> und auf dem „historischen und dialektischen Materialismus“.<sup>109</sup> Diese Ideologien als „Brauch oder Gepflogenheiten“ (*Gundlach*) zu banalisieren und *Lenins* Veröffentlichungen zu verharmlosen, erschreckt. Insbesondere, weil ein „Leninscher Führungsstil“ darauf setzte, innere wie äußere Feinde zu erkennen und zu liquidieren.<sup>110</sup>

In der großen Mehrzahl der mir bekannten Bücher ist, auch nach den ersten 20 Seiten, von Machterhaltung, Klassenkampf, Parteilichkeit, Sozialistischer Gesetzlichkeit, Objektiver Wahrheit und vielen ähnlichen Begriffen die Rede. Was mit dieser Wahrheit gemeint war, erläutert der Stasi-Spitzel *Johannes Diba*: „**Man kämpft nicht, um die Wahrheit zu erkennen, sondern um sie zu besitzen**“.<sup>111</sup> *Jürgs* bringt es auf den Punkt: „**Die Wahrheit wurde solange zurechtgelogen, bis sie in das eigene Raster passte**“.<sup>112</sup>

Es darf auch nicht übersehen werden, dass sich die kriminalistische Literatur der DDR nicht auf die Verfassung, nicht auf die Gesetzgebung und auch nicht auf die Rechtsprechung bezog und darin ihre Grenzen sah. Nein, es waren die **Parteibeschlüsse**<sup>113</sup>, sodass mit der Kriminalistik sogar den Richtern „Empfehlungen“ gegeben wurden.<sup>114</sup> Da es in der DDR keine Verwaltungsgerichte gab, konnten die Maßnahmen auch nicht angefochten werden.

Die DDR-Literatur zeigt auch, dass die DDR ihre Sozialistische Kriminalistik für **unvereinbar** mit der „Bürgerlichen Kriminalistik“ der BRD hielt, weil Letztere, neben vielen anderen Unterstellungen, auch „Züge von Menschenverachtung“ hatte.<sup>115</sup>

Das **Maß unserer heutigen kriminalistischen Tätigkeiten** ist jedoch die freiheitlich demokratische Grundordnung mit dem Rechtsstaatsprinzip. Für die Kriminalitätsbe-

<sup>106</sup> Bundespräsident *Horst Köhler* in: FAZ vom 19.6.2007

<sup>107</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seite 137

<sup>108</sup> *Dölling*, a.a.O., Seite 35 ff und 47 ff

<sup>109</sup> *Ackermann*, a.a.O., 1986, Seite 287

<sup>110</sup> *Satjukow*, Besatzer, Göttingen 2008, Seite 125

<sup>111</sup> *Läpple*, a.a.O., Seite 28

<sup>112</sup> *Jürgs*, a.a.O., Seite 256

<sup>113</sup> *Sarge* [Präsident des Obersten Gerichts der DDR], Vorwort in Materialien der 3. wissenschaftlichen Konferenz des Straf- und Militärkollegiums des Obersten Gerichts, Berlin 1987, Seite 3  
*Dölling*, a.a.O., Seite 47 ff

<sup>114</sup> *Hahn*, Zur Definition des Begriffs „Täterwissen“ und sich daraus ergebende kriminalistische und prozessrechtliche Konsequenzen für die Überprüfung des Wahrheitsgehalts von Aussagen, in: Materialien der 3. wissenschaftlichen Konferenz des Straf- und Militärkollegiums des Obersten Gerichts [der DDR], Berlin 1987, Seite 108 [114]

<sup>115</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seiten 82 – 90

*Stelzer*, a.a.O., 1959 b, Seite 32

*Ackermann*, a.a.O., 1986, Seiten 282 – 284

kämpfung bedeutet dies ein faires Strafverfahren<sup>116</sup> unter Beachtung der Menschenwürde. Der Mensch soll in diesem Verfahren nicht zum Objekt der Verfolgungsbehörden herabgewürdigt werden.<sup>117</sup> Deshalb greifen hier die seit dem 19. Jh. entwickelten Beweisverbote und Verfahrenshindernisse. Das mag nicht jedem gefallen, weil deswegen auch erkannte Tatverdächtige und Beschuldigte nicht belangt werden können. Sogar Stasi-Chef *Erich Mielke* und „Staatschef“ *Erich Honecker* und viele Stasi-Leute profitierten davon. Die alten Stasi-Kader sehen darin ihre Rehabilitierung und einen Beweis für ihr rechtsstaatlichen Verhalten in der DDR.<sup>118</sup> Doch sie haben nichts begriffen und nichts gelernt, denn den **Rechtsstaat** gibt es nur **ganz oder gar nicht**.

Dieser Rechtsstaat lässt es sogar zu, dass **Stasi-Angehörige** zur Desinformation siegesicher ein sich **offiziös gebendes Buch** mit dem Titel „Hauptverwaltung A. Geschichte, Aufgaben, Einsichten“, herausgeben. Der Historiker *Thomas Wegener-Friis*, erklärt dazu: „Die Beiträge belegen, dass die Autoren zur Aufarbeitung der Geschichte nicht fähig und nicht willens sind und dass sich die **geistige** Verfassung der alten Stasi-Elite nicht geändert hat“.<sup>119</sup>

Diese **Stasi-Leute** leben öffentlich in dem **Stolz** und brüsten sich, dass es ihnen gelungen sei, alle westlichen Geheimdienste zu unterwandern und nicht umgekehrt. Ein **zweifelhafter Stolz** auf das eigene Können, der sich schnell als ein typisch sozialistischer entlarvt. Klammert man die ethische Dimension aus, so wird das richtige Maß dieses Könnens durch einen Vergleich und die Beantwortung der Frage deutlich: Wo können leichter Autoradios gestohlen werden, auf dem Parkplatz einer Universität oder in der Tiefgarage der Polizei?

Es stellt sich auch die Frage, warum war der Staatssicherheitsdienst mit seiner uneingeschränkten Machtfülle und Allzuständigkeit nicht in der Lage, die **DDR zu „retten“**? Die Stasi wurde schließlich nicht von Panzern überrollt, sondern vom eigenen Volk verjagt.

Es ist unsere Aufgabe, nicht nur die offenkundigen Unrechtstaten in der DDR aufzuzeigen, sondern insbesondere die **verborgenen Mechanismen des Unrechtssystems** und die **Verantwortung der Vorgesetzten** ans Licht zu bringen.

Es wäre wünschenswert, wenn Kriminalisten, die Zugang zum Machtapparat der DDR-Diktatur hatten, oder in dessen Nähe waren, sozusagen als **Zeitzeugen**, unter Anleitung von Historikern, über die Methoden berichten, wie die Staatsideologie in die operativen Einheiten gebracht und dort umgesetzt wurde. Ebenso könnten diese die Widersprüche in den Publikationen erklären. Das würde auch die fehlenden Dokumente ausgleichen, die durch die Säuberung der polizeilichen Archive, zwischen Wende und Wiedervereinigung, verschwunden sind.<sup>120</sup>

*Berthel* hält die **Geschichte der DDR-Kriminalistik** für **aufarbeitungsbedürftig**. Seine Andeutung: „Unstrittig gehört zu einer solchen differenzierten Betrachtung auch die Rolle der Kriminalistik im System der **Doktrin**<sup>121</sup> **der DDR**“, zeigt das wirklich We-

---

<sup>116</sup> Art. 20 III GG; BVerfGE 57, 250 [283]; BGHSt 31, 149

<sup>117</sup> BGHSt 19, 325, und 31, 304 [308]

<sup>118</sup> *Schreiber*, a.a.O., Seite 183 [190]

<sup>119</sup> FAZ vom 30.5.2008, Seite 36

<sup>120</sup> *Eppelmann*, a.a.O., Seite 99, und *Marquardt*, a.a.O., Seite 656

<sup>121</sup> Fanatische Lehrmeinung; zum Glaubenssatz verhärtete Lehrmeinung

sentliche. Denn in allen Ländern der Welt werden die kriminalistischen Methoden den Staatszielen angepasst. Das war so im Dritten Reich, in der UdSSR, der DDR und so ist es heute in der BRD. Das gilt ebenso für die Rechtswissenschaften.

Bei der **Aufarbeitung** muss aber *Eppelmans Warnung* beachtet werden: „Die mit der Rehabilitierung befassten Behörden und Gerichte sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Akten des SED-Staates häufig eine »Aufklärung« des Sacherhalts widerspiegeln, die jede Objektivität vermissen ließ: „Beweismittel konnten ebenso unterdrückt wie auch geschaffen werden“ ... „Damit kann den Opfern wiederum Unrecht geschehen“ ... „Auch hier gilt, dass mit den Akten aus der Zeit der DDR kritisch umgegangen werden muss“.<sup>122</sup>

Gerade der Film „**Das Leben der anderen**“, der mit den Forschungsergebnissen<sup>123</sup> übereinstimmt, lässt den Unterschied zwischen Theorie und Praxis erkennen. Er zeigt sehr anschaulich, wie man sich zwar (meist) juristisch nach DDR-Recht korrekt verhält, aber mit welchem Menschenrechtsverständnis die Inhaftierten behandelt werden. Man nimmt ihnen ihren Namen, spricht sie mit einer Nummer an und verlangt, dass sie sich selbst auch nur mit dieser Nummer vorstellen. Wie in den Konzentrationslagern der Nazi-Diktatur. Der Film zeigt auch, wie entwürdigend man die Festnahme eines Beschuldigten, die Vernehmung im Strafverfahren, die Rechtfertigungspflicht der Beschuldigten oder die Einschüchterung von Unbeteiligte durchführen kann.

Die von *Ackermann* behauptete [Weiter-] „**Entwicklung**“ des **Begriffs Version** muss sich an den anerkannten wissenschaftlichen Methoden ausrichten.<sup>124</sup> Insofern stellen sich die Fragen: Was war vorhanden? Wo steht das? Was wurde geändert? Warum wurde es geändert? Das wird leider nicht genannt und ist auch in anderen Publikationen von *Ackermann* nicht erkennbar.<sup>125</sup> Im Gegenteil, dort wird die Originalliteratur der DDR und die der UdSSR verschleiert und auf „osteuropäische Staaten“ hingewiesen, ohne ein einziges Werk zu nennen.<sup>126</sup> Der in dieser Fußnote enthaltene Verweis auf *Stelzer*<sup>127</sup> enthält ebenso keinerlei Fundstellen. Auf seine eigenen Beiträge zur Version in der DDR-Literatur geht *Ackermann* gar nicht ein. Ebenso nicht auf *Ratinow*, der von *Stelzer/Stelzer* (a.a.O.) übersetzt und bearbeitet wurde. Es wird auch nicht angegeben, dass die sowjetischen Autoren die theoretischen Grundlagen der Version während des Bolschewismus in der Stalin-Diktatur erarbeiteten.<sup>128</sup> Auch nicht, dass über den in der UdSSR ausgebildeten Stalinisten *Walter Ulbricht* die Version und die Kriminalistik von *Ehrenfried Stelzer* bereits 1959 für die DDR übernommen und als „scharfe Waffe gegen die Feinde eingesetzt“<sup>129</sup> wurde.

*Holger Roll* verheimlicht diese Tatsachen ebenso wie *Ackermann*. Aber er geht noch einen Schritt weiter, obwohl auch *Roll* genaue Kenntnis über die gesamte DDR-Literatur und die DDR-Dienstvorschriften für die Kriminalpolizei hat („Der Keller steht voller Kisten mit alten Büchern.“). Ihm ist auch der aktuelle Forschungsstand bekannt. Gleichwohl beschönigt er die DDR-Diktatur, verschleiert und **verfälscht die Original-**

<sup>122</sup> *Eppelmann*, a.a.O., Seite 102

<sup>123</sup> *Knabe*, Gefangen in Hohenschönhausen, Berlin 2007

<sup>124</sup> *Möllers*, Wissenschaftliche Abschlussarbeiten für Bachelor, Master oder Diplom an Hochschulen der Polizei, Frankfurt/M 2007, Seite 142 ff.

<sup>125</sup> *Ackermann, Clages, Roll*, Handbuch der Kriminalistik, Stuttgart 2003, Seite 107 ff

<sup>126</sup> *Ackermann, Clages, Roll*, a.a.O., Seiten 109/110, Fußnote 2

<sup>127</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seite 154

<sup>128</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1977, Seite 10 und 154

<sup>129</sup> *Stelzer*, a.a.O., 1959 a, Seite 11, und 1959 b, Seite 31

**quellen** und stellt falsche Behauptungen auf. In seinem erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 erschienenen Lehrbuch **Tatortarbeit**<sup>130</sup> schreibt er im Kapitel 2.3.6: „Für die Methodik der kriminalistischen Hypothesenbildung hat die Kriminalistik der DDR den Begriff kriminalistische Version entwickelt“<sup>131</sup> (tatsächlich war es die UdSSR, siehe oben). Weiter behauptet *Roll*: „In der Literatur der kriminalpolizeilichen Praxis setzt sich der **moderne Begriff der kriminalistischen Version** immer mehr durch“, und verweist pauschal auf „*Ackermann* (ebd.)“<sup>132</sup>. Doch andere Befürworter der Version als *Ackermann* selbst, dessen Mitautoren *Clages und Roll* und die Herausgeber *Clages und Neidhardt* sind nicht bekannt. Danach folgt in dem Buch eine Bedeutungsänderung der Version, obwohl auch *Roll* die **Hypothese** mit der **Version** gleichsetzt<sup>133</sup>. Er macht sie jetzt zusätzlich zu einer **taktischen Maßnahme**, zur „Fahndungsversion“<sup>134</sup>. *Roll*<sup>135</sup> verweist jetzt aber nicht auf *Ackermann*, der diese taktische Variante bereits 1986 ausführlich beschreibt.<sup>136</sup>

Auf meinen Einwand schrieben mir die **Herausgeber**: „Letztlich ist vielleicht die Anerkennung des Rechts von Herrn Roll, den Begriff Version zu gebrauchen, wenn es **seinem Sprachgebrauch entspricht**, der **Preis den wir hier für die deutsche Vereinigung** zahlen müssen. Ein kleiner und vertretbarer Preis, wie ich finde [wie wir finden].“ Eine bemerkenswerte Feststellung, obwohl die Herausgeber die Originalliteratur der DDR-Kriminalistik kennen.

Im Literaturverzeichnis bei *Roll* sind **vierundzwanzig Bücher** angegeben, die in der DDR (VEB) unter **Aufsicht der Stasi** erstellt wurden. Bei dem von ihm aufgeführten Standardwerk der DDR, „Sozialistische Kriminalistik“, wird darauf jedoch **nicht hingewiesen**. Neun Bücher wurden vom DDR-Innenministerium in Absprache mit der Stasi herausgegeben. Eine **DDR-Habilitationschrift** wird aufgeführt, die **nicht veröffentlicht** ist, und einmal werden **unveröffentlichte Thesen** zu einer DDR-Dissertation angegeben.<sup>137</sup> In allen Fällen geht *Roll* weder auf die konkreten Inhalte noch auf die damit verbundenen rechtsstaatlichen Probleme ein. Darüber hinaus ist diese Literatur allgemein **nicht zugänglich**, sodass man sich fragt, warum diese angegeben wurden.

In wissenschaftlichen Lehrbüchern sind die Regeln der „**Adaption von externem Wissen**“ einzuhalten, wie es auch der Gesetzgeber in der Begründung zum Gesetz über die Deutsche Hochschule der Polizei ausdrücklich betont.<sup>138</sup> Das schließt Umdeutungen von tradierten Begriffen aus anderen Fakultäten aus (z. B. Hypothese).

Nur mit fundiertem Wissen werden die Kollegen, insbesondere die Jüngeren, befähigt, rechtzeitig und entschlossen den Gefahren für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat entgegenzutreten. Nur so können sie, **in vollem Bewusstsein der Vergangenheit**, demokratische Verantwortung übernehmen und die Zukunft gestalten. Darum geht es. Und um das Mitgefühl und die Erinnerung an die Opfer.

<sup>130</sup> *Roll*, *Tatortarbeit*, in: *Horst Clages / Klaus Neidhardt*, Hg., *Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik / Kriminologie*, Band 8, Hilden 2008

<sup>131</sup> *Roll*, a.a.O., Seite 58

<sup>132</sup> *Roll*, a.a.O., Seite 58

<sup>133</sup> *Roll*, a.a.O., Seite 58

<sup>134</sup> *Roll*, a.a.O., Seite 59 und 60, PDV 100, Ziffer 3.7

<sup>135</sup> *Roll*, a.a.O., Seite 60

<sup>136</sup> *Ackermann*, 1986, Seite 56 ff.

<sup>137</sup> *Dölling*, a.a.O., Seite 48

<sup>138</sup> NRW-Landtagsdrucksache 13/6258, Seite 24



Mit dieser Grundhaltung kann auf belastete Terminologie verzichtet werden, insbesondere, weil sich viele DDR-Kollegen korrekt verhalten haben. Hier schließt sich der Kreis der menschlichen Wertschätzung. Bei den Feiern 2008 zur Deutschen Einheit zollte Bundespräsident *Horst Köhler* den DDR-Bürgern **Respekt**, „die ihren Weg gegangen sind, ohne sich schuldig zu machen“.<sup>139</sup> Dazu gehören auch viele Kollegen.

**In jedem Einzelfall** ist zu **prüfen**, welche Methoden der DDR-Kriminalistik übernommen und rechtsstaatlich angewendet werden können. Das Bundesverfassungsgericht, das Bundesverwaltungsgericht, der Bundesgerichtshof und die Obergerichte haben die Methoden und Begriffe der Kriminalistik und die Anwendung von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen festgelegt. Diese sind für uns und für die Justiz verbindlich<sup>140</sup>, denn **jede kriminaltaktische Entscheidung ist zugleich eine rechtliche**. Das ist zu beachten und gilt ebenso für die angebliche „Wahrheit im Strafverfahren“.

Dem wiederholten Wunsch (auch schriftlich) an die Befürworter der Version nach einer persönlichen Diskussion wird leider ausgewichen.

Es gibt in den neuen Bundesländern einige **privat organisierte Gesprächskreise** von Kollegen, die sich um die Aufarbeitung der DDR-Diktatur bemühen. Sie rufen mich an und schicken mir Unterlagen. Dafür vielen Dank. Warum werden diese Kollegen immer noch von den ewig Gestrigen verhöhnt, weil die, die es besser wissen, schweigen? Wo bleibt die Moral? Diese Kollegen können sich **nicht öffentlich äußern**, weil sie Repressalien von den **Seilschaften** der Beschöniger befürchten müssen. Das abschreckende Beispiel in Person des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern *Erwin Sellering* zeigt, wie begründet diese Befürchtung ist.

Natürlich gibt es **Meinungsfreiheit**, aber sie ist nicht unbeschränkt, wie uns Bundespräsident *Horst Köhler* in seiner „Berliner Rede“ von 2009<sup>141</sup> verdeutlicht, sie geht einher mit **persönlicher Verantwortung**. Das gilt ganz besonders für alle die schreiben, die herausgeben und auch für alle, die die Medien zur Verfügung stellen. Den **hohen Wert dieser Freiheit** müssten eigentlich diejenigen am meisten schätzen, die in der DDR gelebt haben. „Zeigen wir Demut vor der Freiheit“ (*Köhler*).

Es hat **viele DDR-Kollegen** gegeben, die auf der diktatorischen Seite des Eisernen Vorhangs leben mussten und die **trotzdem aufrechte Menschen** geblieben sind und sich korrekt verhalten haben. **Darauf können sie stolz sein**.

Wer aber die Diktatur beschönigt und diktatorische **Willkürmethoden** der DDR, insbesondere die „**Kriminalistische Version**“, einen rechtsstaatlichen Charakter andichtet, rechtfertigt die Begründer und die willigen Helfer der Diktatur, die Hand in Hand mit der Stasi das Recht gebrochen haben. Er stellt diesen Leuten einen „**Persilschein**“ aus, so wie wir Wessis das mit den Helfern der Nazi-Diktatur gemacht haben. Das **schadet den Aufrechten**, weil sie dadurch mit den Helfern gleichgestellt werden. Doch auf Dauer lässt sich nichts vertuschen. Fast immer zeigt sich, dass die Wahrheit bekömmlicher ist als die Lüge.<sup>142</sup>

---

<sup>139</sup> FAZ vom 4.10.2008, Seite 4

<sup>140</sup> Art. 20 III GG

<sup>141</sup> FAZ vom 25.3.2009, Seite 8

<sup>142</sup> *Marianne Birthler*, [Leiterin der Stasi-Unterlagen-Behörde], FASZ vom 17.5.2009, Seite 4

Bundeskanzlerin *Angela Merkel* ermahnt dazu, die Menschen auch daran zu messen, **welche Haltung** sie zu Diktaturen haben.<sup>143</sup>

In kriminalistischen Publikationen der DDR, insbesondere in Besprechungsprotokollen des Innen- oder Justizministeriums, wird immer wieder darauf hingewiesen, dass **Unschuldige nicht verfolgt** werden dürfen. Darauf wird gern hingewiesen, wenn die DDR-Diktatur verharmlost werden soll. Doch diese Hinweise waren stets plakative **Scheinbekenntnisse**, um sich im Ausland besser darstellen zu können. So wie die DDR die in ihrer Verfassung garantierten Grundrechte auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis täglich mit Füßen trat<sup>144</sup> und sich nicht an die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere die Reisefreiheit, hielt, obwohl sie 1975 das mit ihrer Unterschrift unter die KSZE-Schlussakte von Helsinki<sup>145</sup> versprochen hatte, so wurden auch innerdienstliche Ermahnungen behandelt. Wer als Schuldiger anzusehen war, bestimmten allein die Polizei und die Stasi mit der Version. Da in einer **Misstrauensgesellschaft** die **prinzipielle Schuldvermutung** besteht<sup>146</sup>, war das ganz einfach; man brauchte lediglich ... „einen Riecher [dafür] zu entwickeln“ ... stellt *Ackermann* fest.<sup>147</sup>

Gleichwohl war das DDR-Innenministerium **mit der Arbeit der Kriminalpolizei nicht zufrieden**. Wiederholt wird die Kriminalpolizei zu besserer kriminalistischer Arbeit aufgefordert. Nicht nur im Vorwort wird festgestellt: [...] „die Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung [ist] weiter zu beschleunigen. Spürbare Verbesserungen der kriminalpolizeilichen Tätigkeit sowie dauerhafte und stabile Arbeitsergebnisse sind im wesentlichen über die Intensivierung und Effektivierung, vor allem über eine qualitativ verbesserte wissenschaftliche Durchdringung der gesamten kriminalpolizeilichen Tätigkeit erreichbar.“<sup>148</sup>

*Gerhard Schmelz* hat sich des Themas der „Sozialistischen Kriminalistik und Kriminologie in der DDR“ angenommen.<sup>149</sup> Zunächst untersucht er den ideologischen Hintergrund von Marxismus-Leninismus, ohne den ein Verstehen von „Wahrheiten“ zur Ursache der Kriminalität und zur Beweisführung in der DDR nur schwer nachvollzogen werden kann. Bei der „Versionsbildung“ in Abgrenzung zur Hypothese und kommt er zum Ergebnis: „Damit hat die vom Untersuchungsführer [Kriminalbeamten] vertretene Version letztlich den Anspruch, die Wirklichkeit richtig wiederzugeben, d.h. sie wird (zumindest im ideologischen Kontext) als wahr angesehen“ (a.a.O., S. 90). Insofern entschied der Ermittler über die Wahrheit und nicht der Richter, wie es im Rechtsstaat üblich ist (BGHSt 3, 52 [53]). Deshalb kann die Version „zweifelfrei nicht in das Rechtssystem der Bundesrepublik überführt werden“ (a.a.O., S. 106). „Im Ergebnis

<sup>143</sup> FAZ vom 9.5.2009, Seite 4

<sup>144</sup> *Müller / Hartmann*, Vorwärts und vergessen! Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur, Berlin 2009, Seite 24

<sup>145</sup> *Kowalczyk*, a.a.O., Seite 85

<sup>146</sup> *Holm*, FAZ vom 25.7.2009, Seite Z 1

<sup>147</sup> *Ackermann*, in: Kriminalistisches Institut [der DDR], Sammlung von Beiträgen zur Vervollkommnung der Taktik und Methodik der Vernehmung, Heft 2/1982, Seite 74 [86]

<sup>148</sup> Kriminalistisches Institut [der DDR], Sammlung von Beiträgen zur Vervollkommnung der Taktik und Methodik der Vernehmung, Heft 2/1982, Seiten 6, 9, 13, 17 und 18; sowie in anderen Protokollen

<sup>149</sup> *Schmelz*, Sozialistische Kriminalistik und Kriminologie in der DDR, **Band I**, Frankfurt/M 2010, [Polizeiwissenschaftliche Analysen. Schriftenreihe der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden. Verlag für Polizeiwissenschaft.] *Gerhard Schmelz, Sozialistische Kriminalistik und Kriminologie in der DDR, Band II*, Frankfurt/M 2013 [... **Befragung von Experten**, die die praktische Kriminalistik bzw. Kriminalitätsbekämpfung in der DDR miterlebt haben und aus eigener Erfahrung, gewissermaßen als Zeitzeugen, aus erster Hand berichten könn[t]en ..., Seite 3]

bleibt festzustellen, dass sowohl die **Sozialistische Kriminologie** als auch die **Sozialistische Kriminalistik** fester Bestandteil der DDR-Diktatur waren und beide in der DDR als eigenständige Wissenschaften betrachtet wurden, die aus dem **Marxismus-Leninismus** hervorgingen bzw. ihm zu dienen hatten“ (a.a.O., S. 105).

*Schmelz* hat sich auch mit den Arbeiten von *Rolf Ackermann* (Seite 95, 102), *Ralph Berthel* (105 ff.), *Armin Forker* (105 ff.), *Thomas Gundlach* (101 ff) und *Holger Roll* (106 ff.) befasst sowie mit den Themen **PDV 100** (8, 105, 107) und **Version** (77-95).